

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Jahrgang 2019

Ausgegeben zu Münster am 28. November 2019

Nr. 36

<i>Inhalt</i>	Seite
Promotionsordnung des Fachbereichs Biologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 30.10.2019	2811
Achte Ordnung zur Änderung der Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 7. Mai 2004 vom 14. November 2019	2828
Ordnung zur Aufhebung der Ordnung zur Verleihung des Hochschulgrades "Diplom-Juristin" oder "Diplom-Jurist" an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 7. Juni 2002 vom 14. November 2019	2830
Ordnung zur Verleihung des Mastergrades „Master iuris“ an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 14. November 2019	2832
1. Amendments to the “Examination Regulations for the Joint Bachelor’s Degree Programme “Public Governance across Borders” at the Westfälische Wilhelms-Universität Münster and the Universiteit Twente of 23. May 2017” of 25. November 2019	2834

Herausgegeben vom
Rektor der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
Schlossplatz 2, 48149 Münster
AB Uni 2019/36
<http://www.uni-muenster.de/Rektorat/abuni/index.html>



**Promotionsordnung
des Fachbereichs Biologie
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
vom 30.10.2019**

Inhalt:

- § 1 Promotion
- § 2 Zulassung zum Promotionsstudium
- § 3 Promotionsausschuss
- § 4 Ombudsperson
- § 5 Promotionskomitee
- § 6 Promotionsstudium und Promotionsprogramme
- § 7 Zulassung zur Promotionsprüfung
- § 8 Dissertation
- § 9 Bewertung der Dissertation
- § 10 Disputation
- § 11 Bewertung der Disputation
- § 12 Wiederholung einer Promotionsleistung
- § 13 Bewertung der Promotionsprüfung
- § 14 Vollziehung der Promotion
- § 15 Veröffentlichung der Dissertation
- § 16 Promotionsurkunde
- § 17 Aberkennung der Promotion
- § 18 Entziehung des Doktorgrades
- § 19 Rechtsbehelfe und Entscheidung über einen Widerspruch
- § 20 Doctor honoris causa
- § 21 Promotionsverfahren im Zusammenwirken mit einer Partneruniversität
- § 22 Übergangsbestimmungen und Inkrafttreten

§ 1

Promotion

- (1) Durch die Promotion soll die/der Bewerber/in ihre/seine über das allgemeine Studienziel hinausgehende Befähigung zur selbständigen wissenschaftlichen Arbeit nachweisen.
- (2) ¹Der Fachbereich Biologie verleiht den akademischen Grad „Doktor der Naturwissenschaften“ (doctor rerum naturalium – Dr. rer. nat.) aufgrund einer wissenschaftlich beachtlichen Promotionsleistung; alternativ kann auf Wunsch der Promovendin/des Promovenden der Titel „Doctor of Philosophy (Ph.D.) in Biology“ verliehen werden. ²Die Promotionsprüfung besteht aus zwei Prüfungsleistungen, nämlich einer schriftlichen Arbeit (Dissertation) und ihrer mündlichen Verteidigung (Disputation). ³Durch die Promotionsprüfung soll die/der Bewerber/in nachweisen, dass sie/er
 - ein systematisches Verständnis des Fachgebietes und der für dieses relevanten Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat;
 - durch ihre/seine Forschung, die im internationalen Vergleich hohen Standards entspricht, die Grenzen des Wissens erweitert hat;
 - einen umfangreichen, i.d.R. mehrjährigen Forschungsprozess mit wissenschaftlicher Integrität konzipieren und verwirklichen kann;
 - befähigt ist zu kritischer Analyse wissenschaftlicher und technologischer Probleme sowie zu innovativer Problemlösung;
 - in der Lage ist, mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft und der Gesellschaft im Allgemeinen über das eigene Spezialfeld zu kommunizieren.
- (3) Als Anerkennung hervorragender wissenschaftlicher Leistungen oder außergewöhnlicher Verdienste kann der Fachbereich den akademischen Grad „Doktor der Naturwissenschaften ehrenhalber“ (doctor rerum naturalium honoris causa - Dr. rer. nat. h.c.) verleihen.

§ 2

Zulassung zum Promotionsstudium

- (1) Voraussetzung für die Zulassung zum Promotionsstudium sind:
 1. die Übernahme der Betreuung einer Doktorarbeit durch ein Promotionskomitee gemäß § 5;
 2. der Nachweis der erforderlichen wissenschaftlichen Kompetenzen und fachübergreifenden Schlüsselqualifikationen, die zu wissenschaftlicher Forschung, Problemlösung und Diskussion sowie zur kritischen Einordnung der wissenschaftlichen Erkenntnis im gewählten biowissenschaftlichen Spezialgebiet befähigen; § 67 Absatz 4 HG bleibt unberührt.
- (2) Der Nachweis nach Absatz 1 Punkt 2 wird in der Regel durch einen akademischen, höher qualifizierten Grad als „Bachelor“ nach einem forschungsorientierten Hochschulstudium von insgesamt wenigstens acht Semestern Regelstudienzeit (i.d.R. Masterabschluss nach einem Studium von insgesamt fünf Jahren Dauer bzw. 300 ECTS Kreditpunkten) in einem mathematisch/naturwissenschaftlichen Fach erbracht.
- (3) ¹Absolvent/inn/en mit einem höher qualifizierten Grad als „Bachelor“ nach einem Hochschulstudium von insgesamt wenigstens acht Semestern Regelstudienzeit in einem anderen Fach, inklusive staatlicher Abschlüsse, können den Nachweis nach Absatz 1 Punkt 2 durch eine mündliche Prüfung nach zusätzlichen, angemessen auf die Promotion vorbereitenden Studien erbringen. ²Umfang (i.d.R. 5 bis maximal 60 ECTS Kreditpunkte), Inhalte und zeitlichen Ablauf (i.d.R. über maximal 18 Monate) der zusätzlich zu erbringenden Studienleistungen, die i.d.R. aus dem Lehrangebot der Master-Studiengänge des Fachbereichs Biologie stammen, setzt der Promotionsausschuss fest, das zuständige Promotionskomitee kann dazu einen Vorschlag vorlegen; die Festlegung des Umfangs ist zu begründen. ³Erfolgt die

Promotion in einem strukturierten Promotionsprogramm gemäß § 6 Absatz 2, so kann der Umfang der zusätzlichen Studien angemessen reduziert werden. ⁴Zusätzliche Qualifikationen gemäß Absatz 7 und das Ergebnis einer Einstufungsprüfung durch mindestens drei promovierte Mitglieder des Fachbereichs Biologie, darunter mindestens zwei Hochschullehrer/innen und mindestens ein Mitglied des Promotionsausschusses, nicht jedoch die/der Themensteller/in, können bei der Festlegung der zu erbringenden Studienleistungen angerechnet werden; es ist ein Prüfungsprotokoll anzufertigen, das von den Prüfer/innen zu unterschreiben ist. ⁵Die Einstufungsprüfung kann auf Antrag der Themenstellerin/des Themenstellers entweder - gegebenenfalls per Videokonferenz - bereits vor der Einreichung des Antrags auf Zulassung zum Promotionsstudium oder innerhalb eines Monats nach der Mitteilung des Umfangs notwendiger promotionsvorbereitender Studien gemäß Satz 2 durchgeführt werden; sie dient der Feststellung, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang promotionsvorbereitende Studien erforderlich sind, wenn dies auf Grundlage der vorgelegten Dokumente nicht eindeutig ist. ⁶Die mündliche Prüfung nach Abschluss der promotionsvorbereitenden Studien wird vor dem jeweiligen Promotionskomitee abgelegt; es müssen mindestens das koordinierende Mitglied aus dem Fachbereich Biologie gemäß § 5 Absatz 4 und ein weiteres Komiteemitglied als Prüfer/innen mitwirken; die Prüfung soll 30 bis 60 Minuten lang dauern. ⁷Sie dient der Feststellung, inwieweit die Voraussetzungen zum selbständigen Bearbeiten einer wissenschaftlichen Fragestellung im Bereich der biologischen Wissenschaften im für das geplante Promotionsprojekt notwendigen Umfang gegeben sind. ⁸Sie wird mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet; es ist ein Prüfungsprotokoll anzufertigen, das von den Prüfer/innen zu unterschreiben ist; im Fall des Nicht-Bestehens kann die Prüfung innerhalb von sechs Monaten einmal wiederholt werden.

- (4) ¹Absolvent/inn/en mit einem weit überdurchschnittlichen Abschluss in einem biowissenschaftlichen Studiengang von insgesamt wenigstens sechs Semestern Regelstudienzeit können den Nachweis nach Absatz 1 Punkt 2 durch zusätzliche, angemessen auf die Promotion vorbereitende Studien im Umfang von in der Regel zwei, maximal bis vier Semestern (60-120 ECTS Kreditpunkte) erbringen. ²Umfang und Inhalte der zusätzlich zu erbringenden Studienleistungen setzt der Promotionsausschuss fest, das zuständige Promotionskomitee kann dazu einen Vorschlag vorlegen; sie entsprechen in der Regel den Studienleistungen des ersten, gegebenenfalls des ersten und zweiten Studienjahres eines MSc-Studiengangs des Fachbereichs Biologie.
- (5) Bei Zweifeln über die Einstufung des Abschlusses gemäß Absatz 2 bis 4 entscheidet der Promotionsausschuss im Einvernehmen mit dem zuständigen Promotionskomitee, gegebenenfalls nach Einholung eines Gutachtens des Sekretariats der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Bundesrepublik Deutschland über die Gleichwertigkeit internationaler Abschlüsse.
- (6) ¹Die Zulassung zum Promotionsstudium ist beim Promotionsausschuss des Fachbereichs Biologie schriftlich zu beantragen. ²Dieser Antrag soll innerhalb der ersten sechs Monate nach Beginn der Arbeit und in der Regel mindestens zwei Jahre vor Einreichung der Dissertation erfolgen. ³Nur in Härtefällen darf der Promotionsausschuss auf begründeten Antrag Abweichungen von diesen Fristen genehmigen; der Antrag ist von der/vom Themensteller/in oder, falls diese/r nicht Mitglied des Fachbereichs Biologie ist, vom Vertreter des Fachbereichs Biologie im Komitee zu unterzeichnen. ⁴Dem Antrag nach Satz 1 sind in deutscher oder englischer Sprache beizufügen:
 1. ein Lebenslauf, der lückenlos Angaben über den bisherigen Verlauf von Ausbildung und Studium enthält;
 2. die schriftliche Zusage der Betreuung einer Doktorarbeit durch ein Promotionskomitee gemäß § 5 oder alternativ einen Nachweis der Mitgliedschaft in einem Promotionsprogramm nach § 6 Absatz 2.

3. eine amtlich beglaubigte Kopie oder Übersetzung eines der nach Absatz 2 bis 4 geforderten Hochschulzeugnisse.

⁵Bei Zweifeln über die Voraussetzungen gemäß Absatz 2 bis 4 kann die/der Kandidat/in eine Voranfrage an den Promotionsausschuss zur Klärung der Zulassungsfähigkeit stellen; im Falle ausländischer Abschlüsse soll diese Voranfrage rechtzeitig, d.h. etwa drei Monate vor Beginn der Arbeiten erfolgen. ⁶Der Voranfrage sind die Unterlagen gemäß Satz 4 beizufügen, soweit sie zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegen; eine rechtsverbindliche Entscheidung kann jedoch nur aufgrund eines vollständigen Antrags nach Satz 4 erfolgen.

- (7) ¹Der Promotionsausschuss kann aus wichtigem Grund, z.B. im Fall einer besonderen Eignung oder Qualifikation der Bewerberin/des Bewerbers, Ausnahmen von den Zulassungsvoraussetzungen nach Absatz 2 bis 4 vorsehen. ²Er kann insbesondere während eines vorangegangenen Studiums oder einer Berufstätigkeit erbrachte Leistungen berücksichtigen und angemessen auf die noch zu erbringenden Studienleistungen anrechnen. ³Der Promotionsausschuss kann die Zulassung zum Promotionsverfahren zusätzlich vom Nachweis eines qualifizierten Abschlusses oder vom Nachweis weiterer Studienleistungen sowie sonstiger Leistungen, die die Eignung für eine Promotion erkennen lassen, abhängig machen.
- (8) ¹Ein/e Bewerber/in wird zugelassen, wenn sie/er alle Zulassungsvoraussetzungen erfüllt. ²Die promotionsvorbereitenden Studien gemäß Absatz 3 und 4 können während des Promotionsstudiums nachgeholt werden; sie sollen in der Regel spätestens nach 18 Monaten abgeschlossen sein. ³Die Zulassung zum Promotionsstudium erfolgt insoweit unter Vorbehalt.
- (9) ¹Auf Grund des Antrags und der eingereichten Unterlagen entscheidet der Promotionsausschuss über die Zulassung der Bewerberin/des Bewerbers zum Promotionsstudium. ²Wird die Zulassung versagt, so ist dies dem/der Bewerber/in schriftlich unter Angabe der Gründe mitzuteilen; die Mitteilung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ³Nach Behebung der vom Promotionsausschuss genannten Mängel kann die/der Bewerber/in den Antrag auf Zulassung zum Promotionsstudium erneut stellen.

§ 3

Promotionsausschuss

- (1) ¹Für die Organisation der Promotion und die durch diese Promotionsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet der Fachbereich Biologie einen Promotionsausschuss. ²Er besteht aus der/dem Vorsitzenden, deren/dessen ständigen Vertreter/in und sechs weiteren Mitgliedern. ³Die/der Vorsitzende, deren/dessen Vertreter/in und drei weitere Mitglieder werden aus der Gruppe der Hochschullehrer/innen gewählt, jeweils ein Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiter/innen, der Gruppe der Mitarbeiter/innen in Technik und Verwaltung und aus der Gruppe der Studierenden. ⁴Die Amtszeit der Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrer/innen und aus den Gruppen der akademischen Mitarbeiter/innen und der Mitarbeiter/innen in Technik und Verwaltung beträgt drei Jahre, die Amtszeit des studentischen Mitglieds ein Jahr.
- (2) ¹Der Fachbereichsrat des Fachbereichs Biologie bestellt auf Vorschlag seiner Mitgliedergruppen die Mitglieder des Promotionsausschusses und deren Stellvertreter/innen für den Verhinderungsfall für die Amtszeit gemäß Absatz 1 Satz 4. ²Wiederbestellung ist zulässig. ³Ein vorzeitig ausgeschiedenes Mitglied ist durch Nachbestellung für den noch nicht abgelaufenen Teil der Amtszeit zu ersetzen. ⁴Der Fachbereichsrat wählt aus dem Kreis der dem Promotionsausschuss angehörenden Professor/inn/en die/den Vorsitzende/n und deren/dessen ständige/n Vertreter/in.

- (3) ¹Der Promotionsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Promotionsordnung eingehalten werden. ²Er beauftragt das jeweilige Promotionskomitee mit der ordnungsgemäßen Durchführung der Promotion. ³Er prüft den Antrag und die Unterlagen und entscheidet über die Zulassung zum Promotionsverfahren gemäß § 2 und § 7. ⁴Er gibt Anregungen zur Reform der Promotionsordnung.
- (4) Die nicht zur Gruppe der Hochschullehrer/innen zählenden Ausschussmitglieder wirken bei Entscheidungen bezüglich der Bewertung von Promotionen in der Regel nur beratend mit.
- (5) ¹Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der/dem Vorsitzenden oder deren/dessen ständigen Vertreter/in mindestens zwei weitere stimmberechtigte Hochschullehrer/inn/en und zwei stimmberechtigte Mitglieder aus den anderen Gruppen anwesend sind. ²Der Promotionsausschuss entscheidet mit der Mehrheit der Stimmen der stimmberechtigten anwesenden Mitglieder. ³Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag. ⁴Im Fall des Absatz 4 ist der Promotionsausschuss beschlussfähig, wenn neben der/dem Vorsitzenden oder deren/dessen ständigen Vertreter/in zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder aus dem Kreis der Hochschullehrer/inn/en anwesend sind. ⁵Bei Entscheidungen nach Absatz 4 ist Stimmenthaltung ausgeschlossen.
- (6) ¹Die Sitzungen des Promotionsausschusses sind nicht öffentlich. ²Die Mitglieder des Promotionsausschusses und deren Stellvertreter/innen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ³Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die/den Vorsitzende/n zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (7) ¹Der Promotionsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle der/dem Vorsitzenden bzw. deren/dessen ständigen Vertreter/in oder, mit Zustimmung des Fachbereichsrats, dem Leitungsgremium eines Strukturierten Promotionsprogramms gemäß § 6 Absatz 2 übertragen; die Übertragung bedarf der Schriftform. ²Satz 1 gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.
- (8) ¹Geschäftsstelle des Promotionsausschusses ist das Prüfungsamt des Fachbereichs Biologie. ²Dieses stellt auch die/den Protokollführer/in.

§ 4

Ombudsperson

- (1) ¹Der Fachbereich Biologie ernennt eine oder mehrere Ombudspersonen für die Promotion als unabhängige und neutrale Beratungsinstitution in Konfliktsituationen für alle Doktorand/innen und ihre Betreuer/innen. ²Die Ombudspersonen werden vom Fachbereichsrat für die Dauer von drei Jahren gewählt; Wiederwahl ist zulässig. ³Jede/r Doktorand/in und jede/r Betreuer/in kann sich jederzeit an eine der Ombudspersonen wenden, wenn z.B. Probleme im Betreuungsverhältnis wahrgenommen werden. ⁴Alle Angelegenheiten werden strikt vertraulich behandelt, auch über die Beendigung des jeweiligen Verfahrens hinaus; es erfolgen keine Aktivitäten ohne die Zustimmung der/des Ratsuchenden; und die/der Ratsuchende kann das Verfahren jederzeit ohne Angabe von Gründen beenden.

§ 5

Promotionskomitee

- (1) ¹Auf Vorschlag der Kandidatin/des Kandidaten setzt der Promotionsausschuss oder gegebenenfalls das Leitungsgremiums des zuständigen Promotionsprogramms gemäß § 6 Absatz 2 ein Promotionskomitee ein; die schriftliche Zusage der Mitglieder des Promotionskomitees, die Betreuung der Kandidatin/des Kandidaten zu übernehmen, bzw. eine Versicherung des Leitungsgremiums des zuständigen Promotionsprogramms, innerhalb von

sechs Monaten ein Promotionskomitee einzusetzen, ist gemäß § 2 Absatz 1 Punkt 1 eine Voraussetzung zur Zulassung zum Promotionsverfahren. ²Die Mitglieder des Promotionskomitees betreuen das Promotionsvorhaben der Kandidatin/des Kandidaten und können als Gutachter/innen für die Dissertation gemäß § 9 und als Prüfer/innen in der Disputation gemäß § 10 wirken.

- (2) ¹Das Promotionskomitee besteht aus drei Mitgliedern; eines der Mitglieder ist die/der Themensteller/in. ²Steht die/der Themensteller/in nicht in einem unbefristeten Dienstverhältnis an der Universität Münster, so muss sich ein/e gemäß Satz 4 qualifizierte/r Wissenschaftler/in, die/der in einem unbefristeten Dienstverhältnis an der Universität Münster steht, schriftlich bereit erklären, im Bedarfsfall die Rolle der Themenstellerin/des Themenstellers zu übernehmen; dabei müssen die Regeln gemäß Satz 5 bis 7 beachtet werden. ³Der Promotionsausschuss kann Ausnahmen von Satz 2 für Wissenschaftler/innen, die in einem unbefristeten Dienstverhältnis an einer anderen wissenschaftlichen Einrichtung stehen, zulassen. ⁴Zum Mitglied eines Promotionskomitees können nur habilitierte oder gleichwertig qualifizierte Wissenschaftler/innen (z.B. Juniorprofessor/in, Emmy Noether- oder Heisenberg-Stipendiat/in) berufen werden, über die Gleichwertigkeit entscheidet auf schriftlichen begründeten Antrag der Promotionsausschuss. ⁵Mindestens zwei Mitglieder des Promotionskomitees müssen von einer naturwissenschaftlichen Fakultät promoviert (Dr. rer. nat.) oder gleichwertig qualifiziert sein; über die Gleichwertigkeit entscheidet auf schriftlichen begründeten Antrag der Promotionsausschuss. ⁶Mindestens ein Mitglied des Promotionskomitees muss eine Mitgliedschaft am Fachbereich Biologie der Universität Münster besitzen; über Ausnahmen entscheidet der Fachbereichsrat des Fachbereichs Biologie. ⁷Im Falle einer dienstrechtlichen Abhängigkeit zweier Mitglieder des Promotionskomitees entscheidet der Promotionsausschuss, ob der Vorschlag nach Absatz 1 Satz 1 zurückgewiesen werden muss, um den Anschein einer Befangenheit zu vermeiden (siehe auch § 9 Absatz 1). ⁸Ein/e nicht habilitierte/r bzw. gleichwertig qualifizierte/r Wissenschaftler/in kann durch den Promotionsausschuss als drittes Mitglied aus triftigen Gründen zugelassen werden, z.B. weil sie/er die Kandidatin/den Kandidaten aus eigenen Drittmitteln finanziert und daher Themensteller/in ist, oder wegen ihrer/seiner besonderen fachlichen Kompetenz. ⁹Der Antrag ist von der/dem Themensteller/in bzw., wenn die/der Themensteller/in nicht Mitglied im Fachbereich Biologie ist, von dem gemäß Absatz 4 koordinierenden Mitglied des Fachbereichs im Komitee zu stellen.
- (3) Die Zusammensetzung des Promotionskomitees kann auf schriftlichen, begründeten Antrag der Kandidatin/des Kandidaten oder eines Mitglieds des Promotionskomitees an den Promotionsausschuss im Einvernehmen mit der Mehrheit des amtierenden Promotionskomitees und schriftlicher Zustimmung des neuen Mitglieds/der neuen Mitglieder geändert werden.
- (4) ¹Die/Der Themensteller/in oder, falls diese/r nicht dem Fachbereich Biologie der Universität Münster angehört, das/ein Mitglied des Promotionskomitees, das dem Fachbereich Biologie angehört, koordiniert das Promotionsverfahren gegenüber dem Fachbereich Biologie und stellt sicher, dass die Bestimmungen dieser Promotionsordnung eingehalten werden, einschließlich des regelmäßigen Abhaltens der Komiteetreffen. ²Über Ausnahmen entscheidet der Fachbereichsrat (siehe Absatz 2 Satz 6).
- (5) ¹Das Promotionskomitee soll sich mindestens dreimal während der Promotion treffen (siehe § 6 Absatz 1), um eine kompetente Begleitung der/des Kandidatin/Kandidaten sicherzustellen. ²Das erste Komiteetreffen soll im ersten Promotionsjahr stattfinden; es dient der Projektverteidigung. ³Das dritte Komiteetreffen, das i.d.R. im dritten Promotionsjahr stattfinden soll, dient der Abschlussplanung; angestrebt wird eine Promotion innerhalb von drei bis vier Jahren. ⁴Die Arbeit soll spätestens 18 Monate nach diesem Komiteetreffen eingereicht werden; Ausnahmen von dieser Regel sind nur auf gemeinsamen schriftlichen begründeten Antrag

der/des Promovierende und der/des Themensteller/in/s an den Promotionsausschuss möglich.

- (6) Entpflichtete, in den Ruhestand versetzte oder aus der Universität ausgeschiedene Professor/inn/en sollen in der Regel nicht länger als drei Jahre nach Ablauf der Dienstzeit an der Universität Münster als Mitglied eines Promotionskomitees tätig sein.

§ 6

Promotionsstudium und Promotionsprogramme

- (1) ¹Im Mittelpunkt der Promotion steht die zunehmend selbständige Bearbeitung eines wissenschaftlichen Promotionsprojektes unter der Betreuung eines Promotionskomitees gemäß § 5. ²Die Projektarbeit wird begleitet und unterstützt durch ein individuelles, projektorientiertes, strukturiertes Promotionsstudium von i.d.R. mindestens sechs Semestern Dauer. ³Ziel des strukturierten Promotionsstudiums ist es, die Promovierenden bei der Durchführung ihres Promotionsprojektes und bei der Vorbereitung auf eine wissenschaftliche Karriere innerhalb oder außerhalb der Universität zu unterstützen. ⁴Das Promotionsstudium umfasst die Teilnahme an Seminaren, Fachtagungen oder Veranstaltungen zu Schlüsselqualifikationen sowie den regelmäßigen Besuch eines Arbeitsgruppen-übergreifenden wissenschaftlichen Seminars, die Teilnahme an einer Arbeitsgruppen-übergreifenden Veranstaltung zur Guten Wissenschaftlichen Praxis, die Mitbetreuung von grundständigen Lehrveranstaltungen in Studiengängen des Fachbereichs Biologie im Gesamtumfang von mindestens 5 SWS sowie jährliche Treffen des Promotionskomitees gemäß § 5. ⁵Stellt die Erbringung von Leistungen des Promotionsstudiums eine unbillige Härte dar, kann der Promotionsausschuss bei der Zulassung zur Promotionsprüfung auf Antrag der/des Promovierenden auf den Nachweis einzelner Leistungen verzichten.
- (2) ¹Der Fachbereich Biologie kann Promotionsprogramme für das strukturierte Promotionsstudium einrichten. ²Ein Promotionsprogramm kann einen thematischen Schwerpunkt haben. ³Neben dem Pflichtprogramm gemäß Absatz 1 umfasst das Promotionsstudium im Rahmen eines strukturierten Promotionsprogramms Elemente aus den Bereichen wissenschaftliche Kompetenzen und professionelle Kompetenzen; über Ausnahmen entscheidet der Fachbereichsrat im Benehmen mit dem Promotionsausschuss. ⁴Jedes Promotionsprogramm wird von einem Leitungsgremium geleitet. ⁵Jedes Promotionsprogramm gibt sich eine Ordnung oder ein Statut, die/das auf Vorschlag des Promotionsausschusses vom Fachbereichsrat verabschiedet wird; die Ordnung bzw. das Statut regelt u.a. Details zu Inhalt und Umfang des Promotionsstudiums gemäß Absatz 1 und Satz 3 sowie die Zusammensetzung, Rechte und Pflichten der Organe des Promotionsprogramms, inkl. des Leitungsgremiums.

§ 7

Zulassung zur Promotionsprüfung

- (1) Zur Promotionsprüfung zugelassen werden kann nur, wer gemäß § 2 zum Promotionsstudium zugelassen ist.
- (2) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung hat die/der Bewerber/in schriftlich an den Promotionsausschuss zu richten. ²Der Antrag muss das Thema der Dissertation enthalten und die Angabe der Themenstellerin/des Themenstellers.
- (3) Dem Gesuch sind beizufügen:

1. acht gebundene oder geheftete Exemplare sowie zwei digitale Versionen der Dissertation gemäß § 8, die eine Zusammenfassung und einen tabellarischen Lebenslauf enthalten muss;
 2. eine Erklärung der Kandidatin/des Kandidaten, dass sie/er nicht wegen eines Verbrechens zu dem sie/er ihre/seine wissenschaftliche Qualifikation missbraucht hat, verurteilt worden ist;
 3. ein Nachweis über ein Promotionsstudium der Biologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität gemäß § 6 (Immatrikulationsbescheinigungen);
 4. ein vom koordinierenden Mitglied des Promotionskomitees ausgestellter Nachweis über die Aktivitäten im Rahmen des Promotionsstudiums, inklusive der Mitbetreuung von grundständigen Lehrveranstaltungen in Studiengängen des Fachbereichs Biologie gemäß § 6; die Aktivitäten und Lehrveranstaltungen sind mit Zeitpunkt und Umfang anzugeben;
 5. eine schriftliche Versicherung über frühere Promotionsversuche und gegebenenfalls deren Ergebnisse;
 6. eine schriftliche Versicherung, dass die/der Bewerber/in die vorgelegte Dissertation selbst und ohne unerlaubte Hilfe angefertigt hat, dass sie/er alle in Anspruch genommenen Quellen und Hilfsmittel in der Dissertation angegeben hat und die Dissertation nicht bereits anderweitig als Prüfungsarbeit vorgelegen hat;
 7. eine schriftliche Anzeige, falls die Dissertation patentrechtlich relevante Ergebnisse enthält; in diesem Fall wird die Arbeit mit einem Sperrvermerk gekennzeichnet;
 8. im Falle einer Dissertation gemäß § 8 Absatz 3 Satz 5 eine von der/dem Themensteller/in bestätigte Erklärung zum Anteil der Kandidatin/des Kandidaten an den vorgelegten wissenschaftlichen Abhandlungen und, falls die/der Themensteller/in nicht Mitglied des Fachbereichs Biologie ist, eine Erklärung des koordinierenden Mitglieds aus dem Fachbereich Biologie, dass die vorgelegte Arbeit den Richtlinien dieser Prüfungsordnung entspricht;
 9. eine Erklärung der Kandidatin/des Kandidaten, ob sie/er gemäß § 10 Absatz 8 Satz 3 der Zulassung von Zuhörer/inne/n beim nicht-öffentlichen Teil der Disputation zustimmt;
 10. gegebenenfalls einen Antrag auf Verleihung des Grades Doctor of Philosophy in Biology anstelle des Grades Doktor der Naturwissenschaften.
- (4) ¹Das Gesuch auf Zulassung zur Promotionsprüfung kann von der/dem Bewerber/in zurückgezogen werden, solange noch kein Gutachten über die Dissertation vorliegt. ²In diesem Fall gilt der Antrag als nicht gestellt.
- (5) Die Zulassung kann nur versagt werden, wenn eine der in Absatz 1 bis 3 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt ist.

§ 8

Dissertation

- (1) Die Dissertation muss wissenschaftlich beachtenswert sein und soll die Fähigkeit der Bewerberin/des Bewerbers zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung sowie angemessener schriftlicher Darstellung und Diskussion der Ergebnisse belegen.
- (2) ¹Das Thema der Dissertation muss aus einem Gebiet der Biowissenschaften stammen. ²Es soll von der Promovenden/dem Promovenden im Einvernehmen mit ihrem/seinem Promotionskomitee gewählt und die Arbeit soll in Fühlungnahme mit der/dem Themensteller/in in der Regel in einem Institut des Fachbereichs Biologie der WWU Münster durchgeführt werden.
- (3) ¹Die Dissertation besteht aus einer schriftlichen wissenschaftlichen Abhandlung in Form einer Monographie oder einer kumulativen Dissertation. ²Eine Monographie kann durch eine oder mehrere Manuskripte oder wissenschaftliche Publikationen ergänzt werden. ³Eine kumulative

Dissertation besteht aus wenigstens drei separaten, doch inhaltlich zusammenhängenden Manuskripten für wissenschaftliche Publikationen sowie einer übergreifenden Einführung und Diskussion mit Erläuterungen der Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Manuskripten und einer allgemeinen Zusammenfassung der Ergebnisse; darüber hinaus kann die/der Themensteller/in einen allgemeinen Material- und Methodenteil verlangen. ⁴Mindestens zwei der Manuskripte einer kumulativen Dissertation müssen Originalarbeiten sein, von denen wenigstens eine unter der Erstautorenschaft, inklusive geteilter Erstautorenschaft, der/des Promovierenden entstanden ist und von einer anerkannten internationalen wissenschaftlichen Zeitschrift mit Peer-Review-System bereits publiziert oder zur Veröffentlichung angenommen wurde. ⁵Eine kumulative Dissertation kann einen Übersichtsartikel (Review) enthalten, wenn die/der Kandidat/in Erstautor/in ist und der Übersichtsartikel von einer Zeitschrift mit Peer-Review-System eingeladen bzw. zur Begutachtung angenommen wurde; er muss deutlich abgegrenzt sein von der allgemeinen Einleitung. ⁶Sind die Manuskripte einer kumulativen Dissertation nach Satz 3 von der Kandidatin/dem Kandidaten alleine verfasst und enthalten nur eigene Daten, so entfällt die Pflicht gemäß Satz 4 hinsichtlich der bereits erfolgten Annahme zur Publikation. ⁷Sind die Manuskripte nach Satz 2 oder 3 von mehr als zwei Autor/inn/en verfasst worden, so muss der Eigenanteil der Kandidatin/des Kandidaten detailliert im Hinblick auf die Aspekte Experimentelle Durchführung/Konzeption/Verfassen der Arbeit dargestellt werden; die Erklärung ist von der/vom Themensteller/in zu unterzeichnen. ⁸Der Promotionsausschuss kann im Einzelfall auf begründeten schriftlichen Antrag der Kandidatin/des Kandidaten mit Zustimmung des Promotionskomitees Ausnahmen von den Bedingungen gemäß Satz 3 bis 5 zulassen.

- (4) ¹Die Dissertation darf noch nicht Gegenstand einer staatlichen oder akademischen Prüfung gewesen sein. ²Im Falle einer Dissertation gemäß Absatz 3 Satz 1 oder 2 können Abhandlungen mit mehreren Autor/inn/en Teil der Dissertation mehrerer Promovend/inn/en sein.
- (5) Die Dissertation muss in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sein.
- (6) ¹Den Mitgliedern des Fachbereichs Biologie ist Gelegenheit zur Einsichtnahme und Stellungnahme zu geben. ²Dazu liegt die Dissertation mit den beiden schriftlichen Gutachten gemäß § 9 nach Eintreffen des zweiten Gutachtens drei Wochen lang im Dekanat des Fachbereichs aus. ³Die anderen sieben Exemplare werden den Mitgliedern des Fachbereichs zur Einsichtnahme zugeschickt. ⁴Arbeiten, die mit einem Sperrvermerk gemäß § 7 Absatz 3 Punkt 7 versehen sind, müssen im Dekanat des Fachbereichs unter Wahrung der vereinbarten Geheimhaltungspflichten hinterlegt werden; sie werden den Mitgliedern des Fachbereichs nicht zur Einsichtnahme zugeschickt.

§ 9

Bewertung der Dissertation

- (1) ¹Der Promotionsausschuss des Fachbereichs Biologie bestellt zur Bewertung der Dissertation auf Vorschlag der Kandidatin/des Kandidaten zwei Gutachter/innen, die in der Regel Mitglieder des jeweiligen Promotionskomitees sind. ²Im Falle einer dienstrechtlichen Abhängigkeit der beiden vorgeschlagenen Prüfer/innen entscheidet der Prüfungsausschuss, ob der Vorschlag zurückgewiesen werden muss, um den Anschein einer Befangenheit zu vermeiden. ³Als Gutachter/innen dürfen nur Personen bestellt werden, die gemäß § 5 Absatz 2 Satz 4 qualifiziert sind. ⁴Eine/r der Gutachter/innen kann die/der Themensteller/in der Promotionsarbeit sein. ⁵Eine/r der Gutachter/innen muss von einer naturwissenschaftlichen Fakultät promoviert (Dr. rer. nat.) oder gleichwertig qualifiziert sein; über die Gleichwertigkeit entscheidet auf schriftlichen begründeten Antrag der Promotionsausschuss.

- (2) ¹Jede/r Gutachter/in soll spätestens einen Monat nach Erhalt der Dissertation ein eingehend begründetes, schriftliches Gutachten über die Dissertation vorlegen und Annahme oder Ablehnung empfehlen. ²Die Gutachten müssen in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sein. ³Im Falle der Annahme der Dissertation muss das Gutachten die Dissertation mit einem der folgenden Prädikate bewerten:
 - summa cum laude (ausgezeichnet = 0);
 - magna cum laude (sehr gut = 1);
 - cum laude (gut = 2);
 - rite (bestanden = 3);
 für die Prädikate „magna cum laude“ und „cum laude“ sind zur besseren Differenzierung die Zusätze „plus“ (= 0,7 bzw. 1,7) und „minus“ (= 1,3 bzw. 2,3) zulässig.
- (3) ¹Nach Eingang der Gutachten ist den Hochschullehrer/inne/n des Fachbereichs Biologie gemäß § 8 Absatz 6 Gelegenheit zur Einsichtnahme und Stellungnahme zu geben. ²Ein Einspruch gegen die Dissertation kann wirksam nur in schriftlicher Form und mit einer eingehenden Begründung versehen erfolgen; er muss innerhalb der Einsichtsfrist im Dekanat des Fachbereichs eingegangen sein.
- (4) Empfehlen beide Gutachter/innen die Annahme der Dissertation und erfolgt dagegen kein fristgemäßer Einspruch gemäß Absatz 3, so gilt sie als angenommen.
- (5) ¹Empfehlen beide Gutachter/innen die Ablehnung der Dissertation und erfolgt dagegen kein fristgemäßer Einspruch gemäß Absatz 3, so gilt sie als abgelehnt. ²Die Ablehnung wird der Kandidatin/dem Kandidaten mit einem schriftlichen Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung mitgeteilt.
- (6) ¹Die Annahme der Dissertation aufgrund nur eines die Annahme vorschlagenden Gutachtens ist ausgeschlossen. ²In diesem Fall muss ein weiteres Gutachten von einer/einem Professor/in des Fachbereichs Biologie eingeholt werden; die Einsichtnahmefrist gemäß § 8 Absatz 6 beginnt erneut mit Eingang dieses Gutachtens. ³Wird im Gutachten nach Satz 2 die Annahme der Dissertation empfohlen und erfolgt dagegen kein fristgerechter Einspruch gemäß Absatz 3, so gilt sie als angenommen. ⁴Wird im Gutachten nach Satz 2 die Ablehnung der Dissertation empfohlen und erfolgt dagegen kein fristgerechter Einspruch gemäß Absatz 3, so gilt die Dissertation als abgelehnt. ⁵Die Ablehnung wird der Kandidatin/dem Kandidaten mit einem schriftlichen Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung mitgeteilt.
- (7) ¹Erfolgt ein fristgemäßer Einspruch gemäß Absatz 3 gegen Annahme oder Ablehnung der Dissertation oder gegen die Benotung, so entscheidet der Promotionsausschuss nach Rücksprache mit der/dem Einsprucherhebenden und den Gutachter/inne/n über das weitere Vorgehen. ²Er kann eine Überprüfung, evtl. durch auswärtige Gutachter/innen, veranlassen. ³Die Annahme der Dissertation kann von einer Überarbeitung abhängig gemacht werden; diese muss innerhalb einer vom Promotionsausschuss festgesetzten Frist erfolgen. ⁴Mit der Neufassung muss die Urfassung mit Kennzeichnung der beanstandeten Stellen erneut eingereicht werden; die Neufassung wird in der Regel von den gleichen Gutachter/inne/n beurteilt wie die Urfassung.
- (8) ¹Wenn die Dissertation von beiden Gutachter/inne/n mit „summa cum laude“ bewertet wurde, gibt der Promotionsausschuss - mit Beginn der Einsichtsfrist gemäß Absatz 3 - ein drittes, externes Gutachten in Auftrag; die/der Themensteller/in schlägt in Absprache mit den beiden weiteren Komiteemitgliedern hierfür drei sachkundige, externe Fachgutachter/innen vor, die von einer naturwissenschaftlichen Fakultät promoviert (Dr. rer. nat.) oder gleichwertig qualifiziert sind, die habilitiert sind oder gleichwertige wissenschaftliche Qualifikationen besitzen, und die entsprechend der DFG-Richtlinien nicht als befangen anzusehen sind. ²Über die Gleichwertigkeit entscheidet auf schriftlichen begründeten Antrag der Promotionsausschuss.

§ 10

Disputation

- (1) ¹Die Zulassung zur Disputation setzt voraus, dass die Dissertation der Bewerberin/des Bewerbers angenommen ist. ²Nur in Härtefällen kann der Promotionsausschuss auf begründeten Antrag einer Zulassung zur Disputation während des Laufs der Einsichtsfrist gemäß § 9 Absatz 3 zustimmen.
- (2) ¹Die/Der Bewerber/in setzt im Benehmen mit den Prüfer/inne/n Ort und Termin für die Disputation fest und meldet dies dem Promotionsausschuss. ²Dieser lädt mindestens drei Prüfer/innen und die/den Bewerber/in zur Disputation ein. ³Der Disputationstermin wird auf der Homepage des Fachbereichs spätestens sieben Tage vor der Disputation bekanntgegeben.
- (3) ¹Die Disputation wird von der/dem Dekan/in geleitet; ist die/der Dekan/in selbst Themensteller/in, so wird die Disputation von ihrer/seiner Stellvertreter/in geleitet. ²Die/Der Dekan/in bzw. ihre/seine Stellvertreter/in kann die Leitung der Disputation an die/den Themensteller/in oder an das gemäß § 5 koordinierende Mitglied des Fachbereichs Biologie im Promotionskomitee übertragen.
- (4) ¹Die Disputation muss innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Annahme der Dissertation erfolgen; hat die/der Bewerber/in sich der Disputation bis dahin nicht unterzogen, so gilt sie als nicht bestanden. ²Nur in Härtefällen kann der Promotionsausschuss auf begründeten Antrag einer Fristverlängerung zustimmen.
- (5) ¹Als Prüfer/innen in der Disputation wirken in der Regel die Gutachter/innen der Dissertation und Mitglieder des Promotionskomitees. ²Kann im Ausnahmefall, z.B. wegen Krankheit oder Abwesenheit, ein/e Gutachter/in oder ein oder mehrere Mitglieder des Promotionskomitees nicht an der Disputation teilnehmen, bestellt der Promotionsausschuss nach Rücksprache mit der Kandidatin/dem Kandidaten und dem Promotionskomitee entsprechend eine/n oder mehrere Vertreter/in/nen; dabei sind die Bedingungen des § 5 Absatz 2 zu beachten.
- (6) ¹Ziel der Disputation ist eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über die vorliegende Dissertation zwischen den Prüfer/inne/n und der Kandidatin/dem Kandidaten. ²Die Disputation besteht aus einem hochschulöffentlichen Vortrag der Kandidatin/des Kandidaten über ihre/seine Arbeit mit Diskussion und einem anschließenden, nicht-öffentlichen Prüfungsgespräch zwischen den Prüfer/inne/n und der Kandidatin/dem Kandidaten; Absatz 8 bleibt unberührt. ³In der Disputation soll die/der Kandidat/in zeigen, dass sie/er im Stande ist, die Thesen und Ergebnisse der Dissertation, auch unter Einbeziehung dissertationsrelevanter Nebenaspekte und im Kontext übergreifender Fragestellungen, zu beurteilen und zu diskutieren. ⁴Die Disputation soll mindestens 60 und höchstens 120 Minuten lang dauern. ⁵Die Prüfer/innen geben vor der Prüfung eine grobe Aufteilung dieser Zeitspanne auf die unterschiedlichen Prüfungselemente (Vortrag, Diskussion, Prüfungsgespräch) vor. ⁶Es wird ein Prüfungsprotokoll angefertigt, das von den Prüfer/inne/n zu unterzeichnen ist. ⁷Nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten kann die Disputation mit Zustimmung der Beteiligten auch in Form einer Videokonferenz erfolgen.
- (7) Die Disputation erfolgt in deutscher oder englischer Sprache.
- (8) ¹Auf begründeten schriftlichen Antrag der Kandidatin/des Kandidaten oder des Promotionskomitees an den Promotionsausschuss, z.B. im Falle eines Sperrvermerks gemäß § 7 Absatz 3 Nr. 7, kann die Öffentlichkeit von Vortrag und Diskussion ausgeschlossen werden. ²Unbeschadet von Satz 1 haben die Professor/inn/en des Fachbereichs Biologie das Recht, an der gesamten Disputation teilzunehmen. ³Hinsichtlich der Öffentlichkeit des nicht-öffentlichen Teils der Disputation gilt § 63 Abs. 4 HG.

§ 11**Bewertung der Disputation**

- (1) ¹Die Disputation wird unmittelbar nach dem Prüfungsgespräch von den Prüfer/innen gemäß § 10 Absatz 5 gemeinsam wie folgt bewertet:
 - summa cum laude (ausgezeichnet = 0);
 - magna cum laude (sehr gut = 1);
 - cum laude (gut = 2);
 - rite (bestanden = 3);
 für die Prädikate „magna cum laude“ und „cum laude“ sind zur besseren Differenzierung die Zusätze „plus“ (= 0,7 bzw. 1,7) und „minus“ (= 1,3 bzw. 2,3) zulässig. ²Die Disputation ist nicht bestanden, wenn nicht mindestens die Note rite erreicht wurde.
- (2) Die Bewertung der Disputation wird der Kandidatin/dem Kandidaten unmittelbar im Anschluss an die Disputation mitgeteilt.

§ 12**Wiederholung einer Promotionsleistung**

- (1) ¹Im Falle der Ablehnung der Dissertation ist ein erneuter Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung nur einmal und nicht vor Ablauf eines Jahres zulässig; in Härtefällen kann der Promotionsausschuss auf begründeten Antrag die Frist verkürzen. ²Hierbei ist eine neue oder verbesserte Arbeit vorzulegen. ³Gemäß § 7 Absatz 3 Nr. 5 ist dabei von dem vorher fehlgeschlagenen Versuch Mitteilung zu machen.
- (2) ¹Ist die Disputation nicht bestanden, kann sie frühestens nach zwei und spätestens nach fünf Monaten und grundsätzlich nur einmal wiederholt werden; dies wird der Kandidatin/dem Kandidaten mittels schriftlichem Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung mitgeteilt. ²Die Wiederholung der Disputation erfolgt in der Regel bei denselben Prüfer/innen, bei denen auch der erste Versuch abgelegt wurde. ³Erforderlichenfalls bestellt der Promotionsausschuss neue Prüfer/innen; dabei sind die Bedingungen des § 5 Absatz 2 zu beachten.

§ 13**Bewertung der Promotionsprüfung**

- (1) Die Promotionsprüfung ist bestanden, wenn die Disputation bestanden ist.
- (2) ¹Die Gesamtnote der Promotion errechnet sich wie folgt: ²Aus den Einzelnoten für die Dissertation gemäß § 9 Absatz 2 – gegebenenfalls unter Einbeziehung des externen Gutachtens gemäß § 9 Absatz 8 – wird ein arithmetisches ungerundetes Mittel gebildet. ³Aus dem resultierenden Wert und der Bewertung für die Disputation gemäß § 11 Absatz 1 wird ein auf die erste Nachkommastelle arithmetisch gerundetes Mittel gebildet; dabei geht die Bewertung der Dissertation mit doppeltem Gewicht ein.
- (3) ¹Das Gesamtprädikat der Promotion lautet:
 - summa cum laude (ausgezeichnet) (Note 0);
 - magna cum laude (sehr gut) (Note bis 1,5);
 - cum laude (gut) (Note bis 2,5);
 - rite (bestanden) (Note bis 3,5).²Das Gesamtprädikat summa cum laude darf nur vergeben werden, wenn die Dissertation von beiden Gutachter/innen gemäß § 9 Absatz 1 sowie von der/dem zusätzlichen, externen Gutachter/in gemäß § 9 Absatz 8 mit summa cum laude bewertet wurde und auch die Disputation mit summa cum laude bewertet wurde.

§ 14**Vollziehung der Promotion**

- (1) ¹Ist die Promotionsprüfung bestanden, promoviert die/der Dekan/in oder, falls die/der Dekan/in und ihr/e/sein/e Stellvertreter/in verhindert ist, ein/e Prodekan/in, welche/r der Gruppe der Professor/inn/en angehört, die/den Bewerber/in im Namen des Fachbereichs zum Doktor der Naturwissenschaften (doctor rerum naturalium) oder, auf schriftlichen Antrag der Bewerberin/des Bewerbers gemäß § 7 Absatz 3 Nr. 10, zum Doctor of Philosophy in Biology und nimmt ihr/ihm dabei durch Handschlag das Gelöbnis ab, dass sie/er jederzeit bestrebt sein will, den ihr/ihm verliehenen Doktorgrad vor jedem Makel zu bewahren, sich in ihrer/seiner wissenschaftlichen Arbeit dieses Titels würdig zu erweisen und jederzeit nach bestem Wissen und Gewissen die wissenschaftliche Wahrheit zu suchen und zu bekennen. ²Nur in Härtefällen kann der Promotionsausschuss auf begründeten Antrag eine Ausnahme von dem Handschlag als Bestätigung des Gelöbnisses zulassen.
- (2) ¹Dabei wird der/dem Bewerber/in ein Zeugnis über die erfolgreich erbrachten Promotionsleistungen, das den Titel der Dissertation, die Noten der Gutachten zur Dissertation gemäß § 9 Absatz 2 Satz 3, gegebenenfalls des externen Gutachtens gemäß § 9 Absatz 8, die Note der Disputation gemäß § 11 Absatz 1 und die Gesamtnote gemäß § 13 Absatz 3 enthält, überreicht. ²Wurde die Dissertation von beiden Gutachter/innen mit summa cum laude bewertet und wurde auch die Disputation mit summa cum laude bewertet, liegt jedoch das dritte, externe Gutachten gemäß § 9 Absatz 8 noch nicht vor, so kann der/dem Bewerber/in auf Antrag ein vorläufiges, unbenotetes Zeugnis ausgestellt werden, auf dem das Bestehen der Promotionsprüfung bescheinigt wird. ³Die erfolgreiche Teilnahme an einem Strukturierten Promotionsprogramm wird in einem das Promotionszeugnis ergänzenden separaten Zertifikat bescheinigt, aus dem die absolvierten Veranstaltungen ersichtlich sind.
- (3) Ist die Dissertation noch nicht veröffentlicht, dann berechtigt das Zeugnis noch nicht zur Führung des Dokortitels.
- (4) Ist die Dissertation bereits gemäß § 15 veröffentlicht, wird auch die Promotionsurkunde gemäß § 16 überreicht; damit ist die/der Bewerber/in berechtigt, den Dokortitel zu führen.

§ 15**Veröffentlichung der Dissertation**

- (1) ¹Das Promotionsverfahren gilt erst dann als abgeschlossen, wenn die gesamte Dissertation, ein wesentlicher Teil oder wesentliche Teile der Dissertation veröffentlicht oder zur Veröffentlichung akzeptiert sind; dies soll innerhalb eines Jahres nach der Disputation erfolgen. ²Erst dann wird die Promotionsurkunde von der/dem Dekan/in des Fachbereiches ausgehändigt und darf der Dokortitel geführt werden.
- (2) Eine Veröffentlichung darf erst dann erfolgen, wenn das Promotionskomitee die gesamte Dissertation, einen wesentlichen Teil oder wesentliche Teile der Dissertation für druckreif erklärt hat.
- (3) ¹Die Dissertation muss in einer der folgenden Formen veröffentlicht oder zur Veröffentlichung angenommen sein:
 1. Druck oder Vervielfältigung der gesamten Dissertation;
 2. Veröffentlichung der wesentlichen Inhalte der Dissertation in einer oder mehreren wissenschaftlichen Zeitschriften;
 3. Ablieferung einer elektronischen Version, deren Datenformat und deren Datenträger mit der Universitäts- und Landesbibliothek abgestimmt sind.²Auf Antrag der Bewerberin/des Bewerbers oder der Themenstellerin/des Themenstellers entscheidet der Promotionsausschuss über eine Verlängerung der Frist gemäß Absatz 1.

- (4) Die/Der Doktorand/in muss die Veröffentlichung der Dissertation nach den jeweils gültigen Regeln der Universitätsbibliothek der WWU Münster sicherstellen.
- (5) ¹Der Universitätsbibliothek ist entsprechend dem jeweils gültigen Beschluss der Kultusministerkonferenz eine angemessene Zahl von Exemplaren der Dissertation zu übergeben. ²Im Fall des Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 bestätigt die/der Themensteller/in der Arbeit dem Promotionsausschuss, dass die wesentlichen Inhalte der Dissertation zur Publikation angenommen worden sind. ³Im Falle des Absatz 3 Satz 1 Nr. 3 legt die/der Bewerber/in dem Promotionsausschuss eine Bescheinigung der Universitäts- und Landesbibliothek über die erfolgte Ablieferung vor.

§ 16

Promotionsurkunde

- (1) Sind die Bedingungen der Veröffentlichung der Dissertation nach § 15 erfüllt, wird der Bewerberin/dem Bewerber die Promotionsurkunde ausgestellt.
- (2) ¹Die Urkunde enthält den Titel der Dissertation und die Gesamtnote der Promotionsprüfung gemäß § 13 Absatz 3. ²Sie ist auf den Tag der Disputation zu datieren, von der/dem Dekan/in des Fachbereichs oder ihrem/seinem Stellvertreter/ihrer/seiner Stellvertreterin eigenhändig zu unterzeichnen und der/dem Bewerber/in zu übergeben.
- (3) Mit der Aushändigung der Promotionsurkunde erhält die/der Bewerber/in das Recht, den Doktorgrad zu führen.
- (4) ¹Nach Aushändigung der Promotionsurkunde wird der Kandidatin/dem Kandidaten auf Antrag Einsicht in die Gutachten über die Dissertation und in das Protokoll der Disputation gewährt. ²Der Antrag sollte innerhalb von drei Monaten nach Aushändigung der Promotionsurkunde beim Promotionsausschuss gestellt werden. ³Der Promotionsausschuss bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.
- (5) Nach erfolgreichem Abschluss des Promotionsverfahrens kann der/dem Bewerber/in die Aushändigung der Promotionsurkunde nur unter den Voraussetzungen des § 17 verweigert werden.

§ 17

Aberkennung der Promotion

- (1) Ergibt sich vor der Aushändigung der Promotionsurkunde, dass die/der Bewerber/in beim Nachweis der Zulassungsvoraussetzungen oder bei einer der Promotionsleistungen eine Täuschung begangen hat, oder dass wesentliche Voraussetzungen für die Zulassung zum Promotionsverfahren irrtümlich angenommen worden sind, so kann die Promotionsleistung durch Beschluss des Promotionsausschusses für ungültig erklärt werden.

§ 18

Entziehung des Doktorgrades

- (1) Wird bekannt, dass der Doktorgrad durch Täuschung erworben wurde oder dass wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlich angenommen worden sind, kann der Doktorgrad durch Beschluss des Fachbereichsrats entzogen werden.

- (2) Der Fachbereichsrat kann darüber hinaus den Doktorgrad entziehen, wenn die/der Promovierte wegen einer vorsätzlichen Straftat (Verbrechen) verurteilt worden ist, zu deren Vorbereitung oder Begehung sie/er ihre/seine wissenschaftliche Qualifikation oder ihren/seinen Doktorgrad missbraucht hat.
- (3) ¹Vor der Beschlussfassung ist der/dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ²Die Entscheidung des Fachbereichsrats ist der/dem Betroffenen mitzuteilen.
- (4) Dasselbe gilt für die Ehrenpromotion gemäß § 20.

§ 19

Rechtsbehelfe und Entscheidung über einen Widerspruch

- (1) ¹Gegen belastende Prüfungsentscheidungen kann beim Promotionsausschuss Widerspruch eingelegt werden. ²Über den Widerspruch entscheidet der Promotionsausschuss. ³Der Widerspruchsbescheid ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen zuzustellen.

§ 20

Doctor honoris causa

- (1) ¹Der Doktorgrad kann als Anerkennung hervorragender wissenschaftlicher Leistungen und außergewöhnlicher Verdienste auf dem Gebiet der Biologie auch ehrenhalber verliehen werden (Ehrenpromotion - doctor honoris causa, h.c.). ²Der Antrag auf Verleihung des Doktorgrades ehrenhalber (Dr. rer. nat. h.c.) muss von mindestens zwei hauptberuflichen Professor/inn/en des Fachbereichs an den Fachbereichsrat gestellt werden. ³Nach dessen Befürwortung wird der Antrag an den Promotionsausschuss zur Beschlussfassung weitergeleitet. ⁴Wird der Dr. rer. nat. h.c. für hervorragende Leistungen verliehen, bedarf es der Zustimmung von zwei Dritteln der promovierten Mitglieder in beiden Gremien. ⁵Wird der Dr. rer. nat. h.c. für außerordentliche Verdienste verliehen, bedarf es der Einstimmigkeit der promovierten Mitglieder beider Gremien.

§ 21

Promotionsverfahren im Zusammenwirken mit einer Partneruniversität

- (1) ¹Der Fachbereich Biologie kann den Grad eines Doktors der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.) oder eines Doctor of Philosophy (Ph.D.) in Biology auch im Zusammenwirken mit einem Fachbereich einer Partneruniversität verleihen. ²Der Fachbereich Biologie kann auch an der Verleihung eines entsprechenden akademischen Grades einer Partneruniversität mitwirken.
- (2) ¹Die Durchführung des Promotionsverfahrens gemäß Absatz 1 Satz 1 und die Mitwirkung gemäß Absatz 1 Satz 2 setzen ein Abkommen mit der den Doktorgrad verleihenden Institution der Partneruniversität voraus. ²In dem Abkommen verpflichten sich beide Partner, eine entsprechende Promotion zu ermöglichen und regeln Einzelheiten des Zusammenwirkens. ³Die promotionsrechtlichen Aspekte des Abkommens werden in Absprache mit dem Promotionsausschuss festgelegt; der Promotionsausschuss regelt die Details zur Vergabe des Doppelabschlusses. ⁴Das Abkommen trägt die Unterschrift der Dekanin/des Dekans. ⁵Generell gilt, dass für die gleiche Promotionsarbeit lediglich ein akademischer Doktorgrad verliehen wird. ⁶Im Falle unterschiedlicher Bezeichnungen des akademischen Grades zwischen der Universität Münster und der Partneruniversität hat sich die/der Promovend/in zu erklären, welchen Titel sie/er führen möchte; ein Doppeltitel ist ausgeschlossen.

- (3) ¹Während der Bearbeitung der Dissertation muss die/der Bewerber/in mindestens zwölf Monate als Student/in im Promotionsstudiengang des Fachbereichs Biologie der Universität Münster eingeschrieben sein. ²Gleichermaßen muss die/der Promovend/in Forschungsaufenthalte über mindestens zwölf Monate an der Partneruniversität dokumentiert haben.
- (4) ¹In dem Abkommen gemäß Absatz 2 muss geregelt sein, dass die Universität Münster mindestens paritätisch an dem Verfahren beteiligt ist und dass alle geltenden formalen Regeln der Universität Münster und der Partneruniversität Berücksichtigung finden. ²Es können bezüglich der praktischen Durchführung gegenüber dieser Promotionsordnung veränderte Vereinbarungen getroffen werden, ohne dabei den Wesensgehalt der Promotionsordnung zu verändern.
- (5) Vor der Zulassung zum Promotionsstudium nach § 2 ist zusätzlich zum Antrag auf Zulassung zum Promotionsstudium beizufügen:
1. eine Erklärung der Partneruniversität, dass die Zulassung zum Promotionsstudium an der Partneruniversität befürwortet wird;
 2. eine Erklärung eines prüfungsberechtigten Mitglieds der Partneruniversität, dass sie/er bereit ist, die Dissertation zu begutachten.
- (6) Die Dissertation wird von jeweils mindestens einem prüfungsberechtigten Mitglied des Fachbereichs Biologie der Universität Münster sowie der Partneruniversität begutachtet. Die beiden Gutachten sind in deutscher oder in englischer Sprache zu verfassen.

§ 22

Übergangsbestimmungen und Inkrafttreten

- (1) ¹Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster in Kraft. ²Sie gilt für alle Bewerber/innen, die nach Inkrafttreten dieser Promotionsordnung einen Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren stellen. ³Bewerber/innen, die den Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren unter Bedingungen gestellt haben, die von dieser Promotionsordnung abweichen, ist Gelegenheit zu geben, ihre Promotion noch zu den ursprünglich für sie geltenden Bestimmungen abzuschließen. ⁴Auf schriftlichen Antrag kann ein/e Bewerber/in, die/der den Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren vor Inkrafttreten dieser Promotionsordnung gestellt hat, nach den Bedingungen dieser Promotionsordnung promoviert werden.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrats des Fachbereichs Biologie der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 29.05.2019 und vom 09.10.2019. Die vorstehende Ordnung wird hiermit verkündet.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 12 Abs. 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Münster, den 30. Oktober 2019

Der Rektor

Prof. Dr. Johannes W e s s e l s

**Achte Ordnung zur Änderung der
Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der
Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 7. Mai 2004
vom 14. November 2019**

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung des Hochschulzukunftsgesetzes vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch das Änderungsgesetz vom 12. Juli 2019 (GV. NRW. S. 425) in der Fassung der Berichtigung vom 24. September 2019 (GV. NRW. S. 593), hat die Westfälische Wilhelms-Universität folgende Satzung erlassen:

Artikel I

Die Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 7. Mai 2004 (AB Uni 2004/5, S. 154 ff.), zuletzt geändert durch die Siebte Änderungsordnung vom 17. März 2017 (AB Uni 2017/9, S. 816 f.), wird wie folgt geändert:

§ 3 erhält folgenden neuen Wortlaut:

„¹Wer den Studiengang Rechtswissenschaft erfolgreich abgeschlossen hat, kann den Mastergrad „Master Iuris (M.Iur.)“ erwerben. ²Die Einzelheiten regelt die Ordnung zur Verleihung des Mastergrades „Master Iuris (M.Iur.)“ der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.“

Artikel II

¹Diese Änderungsordnung tritt nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität zum 1. Oktober 2020 in Kraft. ²Sie findet Anwendung für alle Studierenden, die gemäß der Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 7.5.2004 studieren bzw. studiert haben.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrats der Rechtswissenschaftlichen Fakultät vom 22.10.2019. Die vorstehende Ordnung wird hiermit verkündet.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 12 Abs. 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Münster, den 14.11.2019

Der Rektor

Prof. Dr. Johannes W e s s e l s

**Ordnung zur Aufhebung der
Ordnung zur Verleihung des Hochschulgrades "Diplom-Juristin" oder "Diplom-Jurist"
an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der
Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 7. Juni 2002
vom 14. November 2019**

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung des Hochschulzukunftsgesetzes vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch das Änderungsgesetz vom 12. Juli 2019 (GV. NRW. S. 425) in der Fassung der Berichtigung vom 24. September 2019 (GV. NRW. S. 593), hat die Westfälische Wilhelms-Universität folgende Ordnung erlassen:

Artikel I

Die Ordnung zur Verleihung des Hochschulgrades "Diplom-Juristin" oder "Diplom-Jurist" an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 7. Juni 2002 (AB Uni 2002/9) wird mit Wirkung vom 1. Oktober 2020 aufgehoben.

Artikel II

¹Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität in Kraft. ²Sie findet Anwendung für alle Studierenden, die gemäß der Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 7.5.2004 studieren bzw. studiert haben.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrats der Rechtswissenschaftlichen Fakultät vom 22.10.2019. Die vorstehende Ordnung wird hiermit verkündet.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 12 Abs. 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Münster, den 14.11.2019

Der Rektor

Prof. Dr. Johannes W e s s e l s

**Ordnung zur Verleihung des Mastergrades „Master Iuris“ an der
Rechtswissenschaftlichen Fakultät der
Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
vom 14. November 2019**

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 66 Abs. 2 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung des Hochschulzukunftsgesetzes vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch das Änderungsgesetz vom 12. Juli 2019 (GV. NRW. S. 425) in der Fassung der Berichtigung vom 24. September 2019 (GV. NRW. S. 593), hat die Westfälische Wilhelms-Universität folgende Ordnung erlassen:

§ 1

Mastergrad

- (1) Die Westfälische Wilhelms-Universität Münster verleiht durch ihre Rechtswissenschaftliche Fakultät den Mastergrad „Master Iuris (M.Iur.)“.
- (2) Darüber stellt die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster eine Urkunde aus.
- (3) Die Urkunde trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung im Studiengang Rechtswissenschaft erbracht worden ist.
- (4) Die Urkunde wird von der Dekanin bzw. dem Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät unterzeichnet und mit dem Siegel der Rechtswissenschaftlichen Fakultät versehen.

§ 2

Antragsberechtigte

- (1) ¹Der Mastergrad gemäß § 1 wird auf Antrag der oder des Berechtigten verliehen. ²Berechtigt sind Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs „Rechtswissenschaft“ an der Universität Münster, die
 - a) erfolgreich die erste Prüfung im Studiengang Rechtswissenschaft abgelegt haben, und
 - b) die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung an der WWU Münster abgelegt haben.
- (2) Sofern der oder die Berechtigte bereits anderweitig einen vergleichbaren Titel auf der Basis der ersten Prüfung erworben oder beantragt haben, ist die Verleihung des Titels ausgeschlossen.

§ 3**Verfahrensvorschriften**

(1) Der Antrag nach § 2 bedarf der Schriftform.

(2) Er ist unter Beifügung von amtlich beglaubigten Fotokopien des Zeugnisses über die erste Prüfung und des Zeugnisses über die Schwerpunktbereichsprüfung an der Universität Münster an die Dekanin bzw. den Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zu richten.

(3) Dem Antrag ist weiterhin eine Erklärung beizufügen, dass der Bewerber oder die Bewerberin keinen solchen Antrag bei einer anderen Fakultät gestellt hat und noch keinen vergleichbaren Titel gem. § 2 Abs. 2 erworben hat.

§ 4**Inkrafttreten**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität (AB Uni) in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrats der Rechtswissenschaftlichen Fakultät (Fachbereich 03) vom 22.10.2019. Die vorstehende Ordnung wird hiermit verkündet.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 12 Abs. 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Münster, den 14.11.2019

Der Rektor

Prof. Dr. Johannes W e s s e l s

**1. Amendments to the “Examination Regulations for the
Joint Bachelor’s Degree Programme
“Public Governance across Borders”
at the Westfälische Wilhelms-Universität Münster and the Universiteit Twente
of 23. May 2017”**

of 25. November 2019

Based on § 2 Abs. 4 and § 64 Abs. 1 of the *Gesetz über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG)* (Universities and Colleges of North Rhine-Westphalia Act) as amended by the *Hochschulzukunftsgesetz* (Higher Education Autonomy Act) of 16 September 2014 (GV NRW p. 547) and in accordance with the Dutch Higher Education and Research Act (Wet op het Hoger Onderwijs en Wetenschappelijk onderzoek, short WHW, section 7.59 and section 7.13 on Teaching and Examination Regulations) the University of Münster and the University of Twente have published the following Examination Regulations:

Article I

The version of the “Examination Regulations for the Joint Bachelor’s Degree Programme “Public Governance across Borders” at the Westfälische Wilhelms-Universität Münster and the Universiteit Twente of 23. May 2017” is to be amended as follows:

1. § 4 (2) contains the following amended version:

“(2) The examination board (WWU: *Prüfungsausschuss*, UT: *examencommissie*) consists of the chair, his/her deputy and six additional members. Each university elects the same number of members to the examination board. Chair, deputy chair and two additional members are selected from the group of professors, two members from the group of academic staff and two members from the group of students. The student board members are elected at the WWU.”

2. § 10 (6) contains the following amended version:

“(6) In order to participate in required examinations, students must register for them first. Deadlines for registration are made public centrally:

- WWU – via the electronic administration system of the University of Münster.
- UT – on OSIRIS.

Registration may be revoked by students without explanation within the time limit indicated by OSIRIS or on the website.”

3. § 15 contains the following amended version:

“§ 15

Recognition of Coursework (Studienleistungen) and Required Examinations (Prüfungsleistungen)

(1) Coursework (Studienleistungen) and required examinations (Prüfungsleistungen) completed within the same degree programme at other German or Dutch universities are recognized upon request unless there are substantial differences concerning the competencies to be acquired. This is also the case for coursework and examinations completed in other programmes of the Westfälische Wilhelms-Universität Münster or other universities in Germany or the Netherlands.

(2) If recognition according to § 15 (1) is possible, the student can and, if he/she requests it, must be allowed to enter the programme in a higher semester. This higher semester depends on the ratio of the credits achieved through recognition compared to the total number of credits achievable in the programme. If the ratio results in a decimal number, then a 4 or lower after the decimal point will lead to the lower semester and a 5 or higher to the higher semester.

(3) For recognition of coursework and examinations completed in state-recognized distance-learning study programmes, in distance learning units developed by the state of North Rhine-Westphalia together with the other German Länder or with the federal state, at state or state-recognized Berufsakademien (universities of cooperative education), in programmes at state or state-recognized universities in other countries or in a degree course for continuing education according to § 62 HG, § 15 (1) and (2) of these regulations apply accordingly.

(4) Substantial differences exist if a comparison of content, workload and level required for the study achievements completed reveals that they do not correspond to those required for the coursework and examinations they are to be recognised for. This comparison is not to be undertaken schematically but as an overall assessment. For coursework and examinations from universities in other countries, the equivalence agreements of the Kultusministerkonferenz (Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of the Federal Republic of Germany) as well as the Hochschulrektorenkonferenz (German Rectors' Conference) apply. In case of doubt concerning equivalence, the Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Central Office for Foreign Education) may be consulted.

(5) Students who are allowed to enter the programme in a higher semester after a special placement examination will receive Leistungspunkte (credits) regarding both coursework and examinations for the knowledge and the skills they demonstrated in the placement examination. The Prüfungsausschuss (Examination Board) is legally bound by the assessments made in that examination.

(6) Additional skills and qualifications can be recognized upon request by the student if their content and level is equivalent to the coursework and examinations they are to substitute.

(7) If external examinations are recognized, the grades may – if the grading systems are comparable – be included and form part of the final overall grade according to § 18 (1). In the case of non-comparable systems the remark “bestanden” (pass) will be entered. The recognition is indicated in the degree certificate. If a module grade cannot be calculated due to the recognition of examinations from a non-comparable grading system, then this module will be excluded from the calculation of the final overall grade.

(8) The student must provide the documents necessary for recognition. These documents have to include information on the skills and qualifications to be recognized. If coursework and examinations from degree programmes are to be recognized, the Examination Regulations including the module descriptions as well as the Transcript of Records or a similar document must usually be provided.

(9) The Examination Board is responsible for recognition and the placing in a higher semester. Before comparability or substantial difference can be determined, members of staff representing the subjects in question must be consulted.

(10) The student is to be informed about the decision on recognition within a four-week period after the application has been made and the required documents have been submitted. Any rejection must be justified.”

4. § 17 contains the following amended version:

“§ 17

Passing the Bachelor’s Examination, Retaking of Examinations

(1) Candidates pass the bachelor’s examination if, following § 7, § 9 and § 10 and the description of modules, all modules and the bachelor’s thesis have been passed (minimum grade: 4,0 (WWU); 6 (UT)) (§ 18 (1)). 180 credit points have to be achieved by the candidate.

(2) With exception of the bachelor thesis, students have two (UT) respectively three (WWU) attempts per course to pass an examination.

(3) Course repetition in order to improve grades is not possible.

(4) If an examination has not been passed after two (UT) respectively three (WWU) attempts (§ 17 (2)), the module has been failed.

(5) In the case of failing a course within an elective module, students may choose to switch the course after their first or second attempt. In that case, § 17 (2) and (4) apply starting with the failed attempt.

(6) Should the bachelor’s thesis and its defence not be passed, students have a second attempt. For the second attempt, another topic must be chosen/issued. A third attempt is not possible.

The thesis topic can only be replaced according to § 12 (7) in the second attempt if this possibility was not made use of in the first attempt.

(7) In modules that are not provided by Faculty 06 at the WWU or the *Faculty of Behavioural, Management and Social Sciences (BMS)* at the UT, examination regulations of the other programme or faculty apply. Regulations concerning study and examination achievements and awarded credit points are stated within the module descriptions.

(8) If the student has ultimately failed a mandatory module (WWU: Pflichtmodul, UT: Verplichte module) or the bachelor's thesis or if he/she has ultimately failed an elective mandatory module (WWU: Wahlpflichtmodul, UT: Keuzemodule) for which no other module can be passed instead, then the bachelor's examination is considered as ultimately failed.

(9) If the bachelor's examination has been ultimately failed, the student receives a certificate that lists his/her gradings of coursework and required examinations. The student receives this certificate after presenting his/her exmatriculation. The certificate is signed and stamped according to § 19 (4)."

5. § 18 (4) contains the following amended version:

"(4) Results of written examinations are published in the electronic administration system of the Westfälische Wilhelms-Universität Münster (WWU) or OSIRIS (UT), and can be accessed by students. Students are notified about their performance in the bachelor's thesis in written form. The date of the publication/information must be recorded. The list identifies students by their matriculation number. Students who fail the third attempt according to § 17 (2) and (4) are informed individually. The notifications as defined by § 18 (4) sentences 1 and 2 contain information on legal remedies."

6. § 22 contains the following amended version:

"§ 22

Non-Appearance, Withdrawal, Deception, Breach of Regulations

(1) A required examination is considered as a fail (WWU: 5,0; UT: 5 or lower, Fail or Not Accomplished) if the candidate does not attend the examination at the designated time or withdraws after beginning an assignment/examination without good cause. An examination is also considered as failed if a required written examination (term paper, report, bachelor's thesis etc.) is not completed within the deadline. Reasons for non-attendance or withdrawal are illnesses that make attending the examination or meeting the deadline impossible. Other reasons are maternity protection regulations or care for husband or wife, registered civil partner or direct relative or first-degree relative by marriage.

(1a) If the University of Münster is not authorized to let a student start or continue her studies in accordance with the provisions of the Maternity Protection Act (WWU: Mutterschutzgesetz), the passing of examinations is prohibited

(2) The reasons for non-appearance or withdrawal must be submitted immediately to the examination board in written form. In the case of illness, the candidate has to provide a medical certificate. The candidate is informed about the decision in writing. If the reasons have been accepted, a new examination date will be determined.

(3) If a student claims illness as the reason for his/her inability to take an examination at the Westfälische Wilhelms-Universität Münster (WWU) but there are sufficient indications that make it likely that he/she was, in fact, able to take the examination or that there was a different reason for missing the examination, then the examination board can, in accordance with § 63 (7) Universities Act (HG NRW), request a medical certificate (ärztliches Attest) issued by a University-appointed doctor (Vertrauensärztin/Vertrauensarzt). Such sufficient indications specifically exist if the student has missed four or more examination dates or has withdrawn (see § 22 (1)) from two or more examinations concerning the same required examination. The student must be informed of this decision and the reasons for it immediately and be given the names of at least three University-appointed doctors to choose from.

(4) In the case of deception or use of unauthorized material or devices, the examination is considered as a fail (WWU: 5,0; UT: Fail). Evidence will be assessed and documented by the respective examiner/s. If a candidate disrupts an examination, he/she may be excluded. In this case, this examination is considered as not completed and will be marked as a fail (WWU: 5,0; UT: Fail). In severe cases the examination board can exclude a candidate from further examinations and/or the bachelor's examination entirely. In that case the bachelor's examination is considered as "failed" (WWU: 5,0; UT Fail). The reasons for the exclusion have to be documented.

(5) The candidate is informed immediately about a detrimental decision and its reasons by the examination board in written form. This decision must be accompanied by an explanation of the legal remedies available. The candidate must be heard before a final decision is reached."

7. The Module Descriptions Number M 1.4, M 1.6 und M 3.1e contains the following amended version:

Title (German):		Öffentliches Recht (WWU)					
Title (English):		Public Law (WWU)					
Programme:		BSc Public Governance across Borders					
1	Number: M 1.4		Status:		[x] Compulsory [] Elective		
2	Cycle: [] every term [x] winter term [] summer term		Duration: [] 1 Sem. [x] 2 Sem.		Semester: 1+2	EC: 10	Workload (hrs.): 280
3	Structure:						
	No.	Type	Course	Status	EC	Contact hours (hrs. + SWH¹)	Self-study (hrs.)
	1.	L	Constitutional Law	[x] P [] WP	5	30 (2)	110
	2.	L	European Public Law	[x] P [] WP	5	30 (2)	110
4	Content:						
	Since public law is particularly concerned with the relationships between governments/states and individuals/citizens, the dealing with sub-disciplines of public law such as constitutional, European or administrative law constitutes an integral part within the study of public governance. Therefore, module 1.4 serves as an introduction into the field of public law by reference to the exemplary sub-disciplines of constitutional and European public law. While the first lecture primarily focuses on the legal foundations of states and the internal structure of constitutional objectives (semester 1), the follow-up lecture puts a strong emphasis on the European level and its institutions, organization, structure and competences as the bases of political-administrative action (semester 2).						
	Constitutional Law						
	This lecture gives a broad overview of the subfield of Constitutional Law. Essential concepts and basic principles of constitutional law, its institutions, sources of law and the relationship to European law are addressed and illustrated. A special emphasis is laid on the state structure and its government bodies, their interrelations and the legislative power. Moreover, it deals with the fundamental legal relations between the state and its citizens. By means of selected precedents fundamental rights are analysed and discussed. Furthermore, the functions of basic rights to ward off government action are also dealt with. The application of extremely relevant basic rights is addressed with the help of precedents.						
4	European Public Law						
	On this basis, the second part of the module puts a stronger emphasis on the European level of Public Law, addressing the main European institutions, their organisation, structure and competences as the bases of political-administrative action. The application of fundamental concepts and principles of European Public Law as well as the effect of European Union law on and its consequences for national constitutional law are further core aspects of the lecture. Additionally, topics and issues dealt with in the first semester of study, such as the process of European integration or political systems and their contribution to European public law are addressed and discussed.						

¹ SWH: semester week hours (Semesterwochenstunden)

5	Acquired competences: The module enables students to grasp the interfaces between public law and other disciplines of public governance (e.g. public policy, public management, public administration) and to utilise the expertise in public law for professional or academic career. By means of the sub-disciplines of Constitutional law and European Public law, the two lectures are designed to make the logic of judicial reasoning transparent and to define the legal bases for the application of public law. Moreover, students learn to recognise the constitutional safeguards of fundamental rights and freedoms on national and European level. Students familiarise themselves with the different areas of constitutional law as well as European Public law, which are of importance both for a professional and academic career. Particularly, lawfulness and enforceability of administrative activities are made transparent. Thus, students are introduced to those areas of administrative law, which – in the public interest – have an impact on citizens (e.g. surveillance, control, sponsoring or subsidisation). Generally speaking, the module qualifies students to discern basic conditions of laws and administrative action and to critically assess the effectiveness of administrative requirements at national and European level.		
6	Description of electives within the module: None		
7	Assessment methods: ☐ Final Examination [Modulabschlussprüfung (MAP)] ☐ Examination [Modulprüfung (MP)] ☒ Component Examinations [Modulteilprüfungen (MTP)]		
8	Required performance in examinations: Quantity and form; connection to the course ²		Duration/ length
	Constitutional Law Written examination		90 min.
	European Public Law Written examination		90 min.
9	Required course work (grading optional): Quantity and form; connection to the course		Duration/ length
	The lecturer may request oral presentations of about 30 minutes, preparatory reading of relevant texts (approx. one hour of reading per week), participation in group assignments, writing of reviews, essays and summaries (up to 600 words) and other comparable assignments.		adjacent
10	Prerequisites for attaining credit points: Credit points for the module can be attained if the entire module is passed successfully (the requirements of all relevant assignment need to be met).		
11	Weighting of the grade of the module for the overall grade: The grade of the module weighs 5.6% for the overall grade		
12	Prerequisites for participation: No prerequisites		

² Not applicable for final examination (Modulabschlussprüfung)

13	Attendance: Regular attendance is highly recommended.	
14	Usability in other programmes: None	
15	Person responsible for the module: Dr. Matthias Freise (WWU)	Department: Fachbereich 6: Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften (WWU)
16	Other information: Registration for courses and examinations needs to be done via the electronic administration system of the university. Please follow the hints for required course work and examinations as announced on the homepage of the Institute of Political Science.	

Title (German):		Wahlpflichtkurse (WWU)							
Title (English):		Free Electives (WWU)							
Programme:		BSc Public Governance across Borders							
1	Number: M 1.6		Status:		☐ Compulsory			☒ Elective	
2	Cycle: ☐ every term ☒ winter term ☐ summer term		Duration: ☐ 1 Sem. ☒ 2 Sem.		Semester: 1+2	EC: 10	Workload (hrs.): 280		
3	Structure:								
	No.	Type	Course	Status		EC	Contact hours (hrs. + SWH³)	Self-study (hrs.)	
	1.	S	Standard Course	☒ P ☐ WP		5	30 (2)	110	
	2.	S	Reading Course	☒ P ☐ WP		5	30 (2)	110	
4	Content:								
	In parallel to the predefined programme of core modules and courses in Münster and Twente, and according to the student-driven learning aspect of the programme, module 1.6 aims at giving students the opportunity for specialization and to deepen, enhance and apply the previously acquired knowledge in the context of specific topics, questions and problems of public governance of their interest, such as the current and future societal challenges on local, national, European and global level, the role and development of public and private actors or the nexus between citizens, civil society, politics and administration. In this respect, UT and WWU programme directors consider module 1.6 to be of significant importance for the further education and development of the students within the Joint Bachelor’s Degree programme Public Governance across Borders.								
	Regarding its three main and longstanding research areas, “Governance”, “Civil Society and Democracy” and “Regionalization and Globalization”, the Institute of Political Science offers a great number of public governance related standard and reading courses in German and English which students can choose freely from, however with the restriction that they have to take required examinations in at least one standard and one reading course.								
	Standard courses introduce specific research areas of political science and other disciplines linked to the interdisciplinary field of public governance (i.a. public policy, public management, public administration, public law, sociology and economics). They give a profound overview on contemporary and classic questions and challenges of their specific research area. Thereby, they build on knowledge acquired within the core modules in the running first and second semester. Standard courses encourage and indeed require from students to look into concepts, issues and methods of political science and other disciplines linked to public governance more deeply. Finally, within these courses, selected contemporary developments are methodologically and theoretically analysed and discussed.								
Reading courses deepen the ability of students to read and understand social science texts. The range of courses encompasses classical authors and theories of political science and other disciplines linked to the interdisciplinary field of public governance as well as contemporary texts.									

³ SWH: semester week hours (Semesterwochenstunden)

	With regard to the previous winter and summer semesters in Münster, students of the Joint Bachelor's Degree programme "Public Governance across Borders" could – in consultation with their WWU study advisor – generally choose from policy-specific (e.g. Introduction to Labour Market Policy, Introduction to Asylum and Refugee Policy, Introduction to Global Environmental Policy) and methodological/theoretical courses (e.g. Introduction to Social Scientific Discourse Analysis, Introduction to Policy Analysis, Introduction to the Theories of International Relations). Both (1) a coherent connection between the free electives and the core courses within the first year as well as (2) a content-related and conceptual linkage of the WWU electives to the courses within the second and third year in Twente is guaranteed through close and regular coordination between the WWU and UT programme directors.
5	Acquired competences: Students are able to discuss and to deal with contemporary questions and challenges in political science and other disciplines linked to the interdisciplinary field of public governance as well as to apply related theories and methods. Thus students get familiar with analysis in social science and learn to reflect critically on questions of political science and other public governance related disciplines. Furthermore, students are enabled to follow personal interest and to develop and set their own thematic priorities within the study of public governance across borders. They are able to independently develop and explore research questions within the selected field of study. Moreover, students are enabled to both methodologically and theoretically analyse and discuss selected contemporary developments within public governance related fields of study. They are enabled to practically apply – under supervision – previously acquired methodological knowledge, skills and competences on the basis of specific topics, questions and problems of public governance. Finally, they acquire further methodological, reading, communication, presentation and working skills as well as social competences trained and experienced within the standard and reading courses.
6	Description of electives within the module: Within this module, students can – in consultation with their WWU study advisor – freely choose from standard and reading courses offered by the Institute of Political Science. Thus, they can focus on courses that fit to the overall outline of their bachelor programme and that meet their individual interests. Both (1) a coherent connection between the free electives and the core courses within the first year as well as (2) a content-related and conceptual linkage of the WWU electives to the courses within the second and third year in Twente is guaranteed through close and regular coordination between the WWU and UT programme directors. Students have to choose one standard course and one reading course. These different course types aim at conveying different important skills and a mixture of both is therefore sensible and made obligatory.
7	Assessment methods: [] Final Examination [Modulabschlussprüfung (MAP)] [] Examination [Modulprüfung (MP)] [x] Component Examinations [Modulteilprüfungen (MTP)]

8	Required performance in examinations:	
	Quantity and form; connection to the course ⁴	Duration/ length
	Students have to take required examinations in at least one standard and one reading course of their choice. If they take degree-relevant examinations in further standard and/or reading courses, the two best graded courses form part of the overall module grade, regardless of whether these are courses of different or the same course type. The lecturer chooses between a written test of 90 minutes, a paper of about 4,500 words or several essays with an overall word count of 4,500. According to prior agreement with the lecturer, documentations, small empirical assignments, the production of a movie or radio features can also be accepted as required examination.	Weightage for overall grade of the module (%)
	Course 1: see above	90 min. / 4,500 words
	Course 2: see above	90 min. / 4,500 words
9	Required course work (grading optional):	
	Quantity and form; connection to the course	Duration/ length
	Lecturers may request oral presentations of about 30 minutes, preparatory reading of relevant texts (approx. one hour of reading per week), participation in group assignments, writing of reviews, essays and summaries (up to 600 words) and other comparable assignments.	adjacent
10	Prerequisites for attaining credit points: Credit points for the module can be attained if the entire module is passed successfully (the requirements of all relevant assignment need to be met).	
11	Weighting of the grade of the module for the overall grade: The grade of the module weighs 5.6% for the overall grade.	
12	Prerequisites for participation: No prerequisites	
13	Attendance: Regular attendance is highly recommended.	
14	Usability in other programmes: The module is designed for all bachelor programmes at the Institute of Political Science.	
15	Person responsible for the module: Dr. Matthias Freise (WWU)	Department: Fachbereich 6: Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften (WWU)
16	Other information: Registration for courses and examinations needs to be done via the electronic administration system of the university. Please follow the hints for required course work and examinations as announced on the homepage of the Institute of Political Science.	

⁴ Not applicable for final examination (Modulabschlussprüfung)

Title (German):		Wahlpflichtkurse (WWU)					
Title (English):		Free Electives (WWU)					
Programme:		BSc Public Governance across Borders					
1	Number: M 3.1e		Status:		[] Compulsory [x] Elective		
2	Cycle:	[x] every term [] winter term [] summer term	Duration:	[x] 1 Sem. [] 2 Sem.	Semester: 5	EC: 30	Workload (hrs.): 840
3	Structure:						
	No.	Type	Course	Status	EC	Contact hours (hrs. + SWH⁵)	Self-study (hrs.)
	1.	S	Standard or Reading Course	[x] P [] WP	5	30 (2)	110
	2.	S	Standard or Reading Course	[x] P [] WP	5	30 (2)	110
	3.	S	Standard or Reading Course	[x] P [] WP	5	30 (2)	110
	4.	S	Bachelor Seminar	[x] P [] WP	5	30 (2)	110
	5.	S	Bachelor Seminar	[x] P [] WP	5	30 (2)	110
6.	S	Bachelor Seminar	[x] P [] WP	5	30 (2)	110	
4	Content:						
	In parallel to the predefined programme of core modules and courses in Münster and Twente, and according to the student-driven learning aspect of the programme, free elective module 3.1e aims at giving students the opportunity for specialization and to deepen, enhance and apply the previously acquired knowledge in the context of specific topics, questions and problems of public governance of their interest, such as the current and future societal challenges on local, national, European and global level, the role and development of public and private actors or the nexus between citizens, civil society, politics and administration. Regarding its three main and longstanding research areas, “Governance”, “Civil Society and Democracy” and “Regionalization and Globalization”, the Institute of Political Science offers a great number of public governance related standard and reading courses as well as bachelor seminars in German and English which students can choose freely from, however with the restriction that they have to select three standard/reading courses and three bachelor seminars. Standard courses introduce specific research areas of political science and other disciplines linked to the interdisciplinary field of public governance (i.a. public policy, public management, public administration, public law, sociology and economics). They give a profound overview on contemporary and classic questions and challenges of their specific research area. Thereby, they build on knowledge acquired within the core modules in the running first and second semester. Standard courses encourage and indeed require from students to look into concepts, issues and methods of political science and other disciplines linked to public governance more deeply. Finally, within these courses, selected contemporary developments are methodologically and theoretically analysed and discussed.						

⁵ SWH: semester week hours (Semesterwochenstunden)

	Reading courses deepen the ability of students to read and understand social science texts. The range of courses encompasses classical authors and theories of political science and other disciplines linked to the interdisciplinary field of public governance as well as contemporary texts. Bachelor seminars are provided for students further within their studies, They deal in detail with very specific questions of political science and other disciplines linked to the interdisciplinary field of public governance, often on current issues. Most of these seminars also incorporate possibilities or specifically ask for learning by research, thus combining theoretical knowledge with empirical analysis. Since students are at a later stage of their studies they are asked to register for three bachelor seminars. With regard to the previous winter and summer semesters in Münster, students of the Joint Bachelor's Degree programme "Public Governance across Borders" could – in consultation with their WWU study advisor – generally choose from policy-specific (e.g. Introduction to Labour Market Policy, Introduction to Asylum and Refugee Policy, Introduction to Global Environmental Policy) and methodological/theoretical courses (e.g. Introduction to Social Scientific Discourse Analysis, Introduction to Policy Analysis, Introduction to the Theories of International Relations). Both (1) a coherent connection between the free electives and the core courses within the overall study programme as well as (2) a content-related and conceptual linkage of the WWU electives to the courses within the previous first year (WWU) and second year of study (UT) as well as and the running third year is guaranteed through close and regular coordination between the WWU and UT programme directors.
5	Acquired competences: Students are able to discuss and to deal with contemporary questions and challenges in political science and other disciplines linked to the interdisciplinary field of public governance as well as to apply related theories and methods. Thus students are enabled to apply methods of analysis in social science and learn to reflect critically on questions of political science and other public governance related disciplines. Furthermore, students are enabled to follow personal interest and to develop and set their own thematic priorities within the study of public governance across borders. They are able to independently develop and explore research questions within the selected field of study. Moreover, students are enabled to both methodologically and theoretically analyse and discuss selected contemporary developments within public governance related fields of study. In bachelor seminars and courses on enquiry-based learning (<i>Forschendes Lernen</i>), they are enabled to practically apply under supervision previously acquired theoretical, methodological knowledge, skills and competences on the basis of specific topics, questions and problems of public governance. Finally, they acquire further methodological, reading, communication, presentation, working and research skills as well as social competences trained and experienced within the bachelor seminars as well as in the standard and reading courses.
6	Description of electives within the module: Within this module, students can – in consultation with their WWU study advisor – freely choose from standard and reading courses as well as bachelor seminars offered by the Institute of Political Science. Thus, they can focus on courses that fit to the overall outline of their bachelor programme and that meet their individual interests. Both (1) a coherent connection between the free electives and the core courses within the first year as well as (2) a content-related and conceptual linkage of the WWU electives to the courses within the second and third year in Twente is guaranteed through close and regular coordination between the WWU and UT programme directors. Students have to choose three bachelor seminars as well as three standard/reading courses. These different course types aim at conveying different important skills and a mixture is therefore sensible and made obligatory.
7	Assessment methods: [] Final Examination [Modulabschlussprüfung (MAP)] [] Examination [Modulprüfung (MP)] [x] Component Examinations [Modulteilprüfungen (MTP)]

8	Required performance in examinations:	
	Quantity and form; connection to the course ⁶	Duration/ length
	Students take required exams in three standard/reading courses and three bachelor seminars of their choice. The lecturer chooses between a written test of 90 minutes, a paper of about 4,500 words or several essays with an overall word count of 4,500. According to prior agreement with the lecturer, documentations, small empirical assignments, the production of a movie or radio features can also be accepted as required examination.	90 min./ 4,500 words
	Course 1: see above	see above
	Course 2: see above	see above
	Course 3: see above	see above
	Course 4: see above	see above
	Course 5: see above	see above
	Course 6: see above	see above
9	Required course work (grading optional):	
	Quantity and form; connection to the course	Duration/ length
9	Lecturers may request oral presentations of about 30 minutes, preparatory reading of relevant texts (approx. one hour of reading per week), participation in group assignments, writing of reviews, essays and summaries (up to 600 words) and other comparable assignments.	adjacent
10	Prerequisites for attaining credit points:	
	Credit points for the module can be attained if the entire module is passed successfully (the requirements of all relevant assignment need to be met).	
11	Weighting of the grade of the module for the overall grade:	
	The grade of the module weighs 16,8% for the overall grade.	
12	Prerequisites for participation:	
	No prerequisites	
13	Attendance:	
	Regular attendance is highly recommended.	
14	Usability in other programmes:	
	The module is designed for all bachelor programmes at the Institute of Political Science.	
15	Person responsible for the module:	Department:
	Dr. Matthias Freise (WWU)	Fachbereich 6: Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften (WWU)
16	Other information:	
	Registration for courses and examinations needs to be done via the electronic administration system of the university. Please follow the hints for required course work and examinations as announced on the homepage of the Institute of Political Science.	

⁶ Not applicable for final examination (Modulabschlussprüfung)

Article II

These amended Examination Regulations will become valid the day after their publication in the official announcements of both universities (WWU: Amtliche Bekanntmachungen; UT: officiële mededelingen). The regulations apply to all students enrolled in the bachelor programme “Public Governance across Borders” from the winter semester 2019/20 onwards.

Issued following the resolution of the faculty board of Faculty 06 of the Westfälische Wilhelms-Universität Münster on 16. October 2019 and the Dean of the Faculty of Behavioural, Management and Social Sciences (BMS) of the University of Twente on 22. November 2019. The above Examination Regulations are hereby announced.

Münster, 25. November 2019

Rector

Prof. Dr. Johannes W e s s e l s

Enschede, 22. November 2019

**Dean of the Faculty of Behavioural,
Management and Social Sciences**

Prof. Dr. Theo Toonen